



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 216

Wilhelmshaven

April 2006

Tanz ums Goldene Kalb

Seit der Betreiber des JadeWeserPorts benannt wurde, drehen Wilhelmshavens Politik und Wirtschaft vollends durch – Seite 3 –



Götzen

Was Wilhelmshavens Politik und Wirtschaft vom JadeWeserPort-Betreiber halten, ist mehr als zur Genüge bekannt. Doch was die Hafengegner von Eurogate und dem ganzen Getue rund um den Containerhafen halten, erzählt uns auf Seite 3 Manfred Berger von der Antiport-Bürgerinitiative.

Umweltschutz ist unnötig und die Welt ist eine Scheibe – die Greenpeace Jugendgruppe will u.a. auch solche Thesen widerlegen. Wir berichten auf Seite 5.

Hartz IV und Recht heißt eine neue Rubrik im Gegenwind, in der wir regelmäßig über rechtliche Möglichkeiten berichten, wie Arbeitslose z.B. gegen einen Bescheid des Job-Centers vorgehen können. Los geht es auf Seite 5.

Die im letzten Moment verhinderte Abschiebung der Familie Mucaj brachte viele BürgerInnen in Rage. Während die Diskussionen noch in vollem Gange sind, schlagen die Herren des Morgengrauens erneut zu. Doch diesmal geben die Lehrkräfte der Hafenschule Alarm und geißeln das menschenunwürdige Vorgehen der Staatsgewalt. Auf Seite 6 gibt es einen offenen Brief an Oberbürgermeister Menzel.

Wilhelmshaven entwickelt sich momentan zu einem Zentrum für Industrieansiedlungen aller Art. Und diese ganzen Planungen müssen von sachverständigen Natur- und Umweltschützern geprüft werden. Doch wie ist das zu schaffen? Auf Seite 8 stellen wir die Schutzgemeinschaft JadeRegion vor, die es sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst viele Kräfte zu bündeln und gegen die drohende Umweltzerstörung zu aktivieren.

„Die Rente ist sicher – nur deren Höhe nicht“, das ergab die letzte Ali-Versammlung. Wie sich die Arbeitslosigkeit auf die Höhe der Rente auswirkt, berichten wir auf Seite 9.

Keine Arbeit – keine Wohnung, keine Wohnung – keine Arbeit. In einem solchen Teufelskreis befindet sich der 19-jährige Andreas. Wir begleiten ihn auf Seite 10 fast bis in die Obdachlosigkeit.

Die angestrebte grüne Welle für den öffentlichen Personennahverkehr stößt Teilen der Bevölkerung sauer auf. Auf Seite 11 versuchen wir ein wenig grünes Licht ins Dunkel zu bringen.

Dass die Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Jahr in Deutschland stattfindet, ist sicher keine Gegenwindschlagzelle wert. Das Fußballturnier, über das wir berichten, ist uns dagegen die Seite 12 wert.

meldungen

Der Secondhandladen

des SOS-Mütterzentrums und der Wilhelms-havener Familienhilfe ist umgezogen. In neuen hellen Räumen mit noch mehr Platz auf ca. 250 qm Verkaufsfläche präsentieren die sozialen Einrichtungen jetzt ihr Angebot an gebrauchter Kinder- und Erwachsenenbekleidung sowie ein umfangreiches Spielzeugsortiment direkt am Banter Markt und damit vis-à-vis vom Mütterzentrumscafé in der Werftstraße / Ecke Kreuzstraße. Der Secondhandladen richtet sein Angebot schwerpunktmäßig an sozial benachteiligte Menschen. Ausschließlich gut erhaltene Spenden werden kostengünstig weitergeben. Alle Überschüsse fließen in neue soziale Angebote im Stadtteil Bant / Südstadt. Aus den in 2005 erwirtschafteten Mitteln wird eine langfristig angelegte Hausaufgabenbetreuung für Grundschüler der Hafenschule finanziert. Seit Oktober letzten Jahres werden 9 Grundschüler im Café des Mütterzentrums täglich nach der Schule betreut. Die Förderung beinhaltet auch ein Mittagstischangebot. Der Secondhandladen ist geöffnet von Dienstag bis Donnerstag in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Während dieser Öffnungszeiten werden auch Kleidung- und Spielzeugspenden entgegengenommen. (ub)

Sprechen hilft

Gesprächskreis "Sexualisierte Gewalt an Jungen und Männern"

Gewalt hat bekanntlich viele Gesichter. Ein besonderes erschreckendes Gesicht zeigt sich in sexualisierter Gewalt an Jungen und Männern. In der VHS Wilhelmshaven findet seit einigen Wochen ein Gesprächskreis statt, der sich direkt an betroffene Männer richtet, die in ihrem Leben sexualisierte Gewalt erleben mussten. Ein wöchentlich stattfindender Gesprächskreis, in dem Betroffene Gelegenheit bekommen, ungezwungen, kontrovers und gestalterisch mit ihren persönlichen Erfahrungen umzugehen und sich einer verständnisvollen Gruppe anzuvertrauen. Gerade durch die Gemeinsamkeiten an Erfahrungen und die Unterschiedlichkeit an Personen entsteht viel Gesprächsstoff und Kreativität. Wer also bereit ist, diese Erfahrungen aus einer erschreckenden Vergangenheit weiterzugeben und Teil einer verständnisvollen Gemeinschaft zu werden, ist eingeladen, jeden Freitag ab 18.30 Uhr in der Volkshochschule Wilhelmshaven (Raum 1310) an diesem Gesprächskreis teilzunehmen. Wir verstehen uns nicht als Therapiegruppe und haben keinen inhaltlichen Rahmen gesetzt. Ziel ist es, jeden Teilnehmer mit einem guten Gefühl nach Hause gehen zu lassen und das Gefühl aufrecht zu erhalten, nicht mehr alleine mit dieser Vergangenheit sein zu müssen. Darüber sprechen hilft.

Die Teilnahme ist kostenlos. Direkte Anmeldung bei der VHS: Telefon 04421/161449 (auch bei Nachfragen).

André Kramhöft

Kandidaten aufgestellt

Für die am 10. September 2006 stattfindenden Kommunalwahlen in Wilhelmshaven hat die BASU ihre Kandidaten aufgestellt.

In einer gut besuchten Veranstaltung wurden für den Wahlbereich I (Südost) Manfred Günther und Gerhard Thomas, Wahlbereich II (Südwest) Detlef Sandkuhl, Wahlbereich III (Ost) Wilfried Dubrau, Wahlbereich IV (West) Joachim Ender und Ralf Bargmann, Wahlbereich V (Nordost) Axel Homann und Joachim Tjaden sowie für den Wahlbereich VI (Nordwest) Detlef Prause und Hans Jürgen Mitekey benannt. Damit kandidiert die BASU in allen Wahlbereichen.

Mit Axel Homann, Joachim Ender und Joachim Tjaden ist die BASU schon jetzt als Fraktion im Rat der Stadt und vertritt seit Anfang des Jahres die Bürgerinteressen. Joachim Tjaden: "Jetzt beginnen wir damit, unsere Ziele für die Hauptthemen Bildung, Arbeit, Soziales und Umwelt genauer zu definieren. Dass bei der Umsetzung der BASU-Vorstellungen die desolate Haushaltslage der Stadt, die einzig von der SPD/Grünen-Mehrheitsgruppe zu verantworten ist, ein Problem sein wird, ist klar."

Sicher ist aber auch, so die Position der BASU, dass die Fehlentscheidungen der letzten Jahre nicht zu Lasten der Kinder, der sozial Schwachen oder der Umwelt gehen dürfen. "In Wilhelmshaven müssen die vorhandenen Gelder anders als bisher eingesetzt werden", sagte Joachim Tjaden zum Gegenwind. Und weiter: "Noch immer werden erhebliche Gelder für Projekte wie die Pflasterung der Marktstraße, Neubürgeragentur oder externe Berater ausgegeben. Diese Gelder an den richtigen Stellen einzusetzen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der BASU sein."

Auch müssen die unzähligen städtischen Gesellschaften und Beteiligungen auf den Prüfstand. Die BASU ist sich sicher, dass hier erhebliche Gelder eingespart werden können. O-Ton BASU: "Die politischen Mehrheiten in Wilhelmshaven müssen sich wesentlich verändern. Weitere 5 Jahre SPD-Politik darf es nicht geben."

Wichtig ist nach Meinung der BASU, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren gewünschten Kandidaten direkt wählen können. "Nur wer sein Kreuz direkt einem Namen zuordnet, bestimmt damit, wer in den Rat gewählt wird. Bürger, die lediglich eine Partei wählen, haben damit keinen Einfluss auf die tatsächliche Besetzung des zukünftigen Rates", meinte Tjaden abschließend. (hk)



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546

eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft,
Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.600 Exemplare
titelbild GRUPPO635_caspamichael_kusmierz
www.gruppo635.com

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30.03.2006

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben - und diesmal besonders bei Joachim Tjaden(it) und Arndt Hoops (ah).

Kein Meilenstein

Welch eine Überraschung: Europort wird JadeWeserPort-Betreiber

(hk) Tagelang feierte Wilhelmshaven die Benennung der Bremer Firma Eurogate mit Sonderseiten und unzähligen Äußerungen à la: "Ein guter Tag für Wilhelmshaven" oder "Ein guter Tag für Niedersachsen" oder "Ein guter Tag für Bremen" und "Bla bla bla." Was die Benennung des Betreibers wirklich bedeutet und wie es um den JadeWeserPort steht, erfragten wir bei Manfred Berger, dem Sprecher der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort.

Gegenwind: Die Betreibergruppe für den JadeWeserPort wurde jetzt benannt. In Wilhelmshaven wurde diese Tatsache wie Kaisers Geburtstag gefeiert. Was steckt wirklich dahinter? Ist damit der Bau des Containerterminals in trockenen Tüchern?

Manfred Berger, Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort: Absolut nicht. Der eigentliche Bau des Hafens hängt nicht vom Betreiber ab. Zuerst muss der Planfeststellungsbeschluss erlassen werden. Danach muss das Land Niedersachsen 1 Milliarde Euro für den Bau der Hafenfläche zur Verfügung stellen. Erst dann kann der Betreiber mit seiner Investition beginnen.

Warum wurde der Betreiber gerade jetzt ausgewählt? War das eine Zwangsläufigkeit im

Planungsablauf?

*In der letzten Zeit gibt ziemlich Unruhe in der Bremer Bürgerschaft. Die Abgeordneten wissen, dass die Häfen in Bremerhaven über 100 Millionen Euro Nettoverluste in jedem Jahr einfahren. Hier muss dringend eine Lösung her. Da nun Eurogate als Betreiber für den JWP ausgewählt wurde, können die Abgeordneten beruhigt werden: Eine Bremer Firma wird Betreiber. Somit zahlt diese Firma ihre Steuern in Bremen. Der Hafen wird aber von Niedersachsen gebaut. Die Verluste durch einen solchen Hafen werden somit von Niedersachsen getragen werden müssen. Für uns bedeutet das im Klartext **Gewinne nach Bremen – Verluste nach Niedersachsen** - da werden wir nicht mitspielen.*

Das goldene Kalb

Das Ruder konnte rumgerissen werden – Wilhelmshaven steuert jetzt in eine großartige Zukunft. Diesen Eindruck versuchen die Damen und Herren aus allerlei Verwaltungsgremien und politischen und wirtschaftlichen Lobbyverbänden mit Nachdruck zu vermitteln. Es erübrigt sich, die unzähligen Sprüche der mehr oder weniger wichtigen Menschen nochmals zu veröffentlichen. Sie sind uns allen bis zum Erbrechen bekannt. Hier scheint etwas mit einer Geschwindigkeit in Gang zu kommen, dass einem schwindelig wird: Ein belgischer Stromkonzern will ein neues Kraftwerk auf dem Rüstersieler Groden errichten, e.on möchte einen weiteren Kraftwerksblock bauen, über die Niedersachsenbrücke sollen zusätzliche Kohlemengen für Kraftwerke im Hinterland angelandet werden.

Das Freizeitgartengelände Schleuseninsel soll für die Ansiedlung von Gewerbe platt gemacht werden, die Hafentorbrücke soll die Schleuseninsel mit den Grodenflächen verbinden.

Dann soll da noch ein Containerhafen entstehen, die neuen Herren der Wilhelmshavener Raffinerie wollen ihren Betrieb kräftig erweitern, Ineos plant den Bau eines neuen Chlorgaswerkes und eines Crackers und möchte gerne mit Pipelines in alle Himmelsrichtungen und für alle Stoffe versorgt werden.

In der äußersten Ecke des Wilhelmshavener Stadtgebietes will die Deutsche Flüssigerdgas Terminal Gesellschaft (dftg) tiefgekühltes Gas erwärmen und ins Versorgungsnetz einspeisen.

Dafür soll nicht nur der Autobahnanschluss an die Grodenflächen, sondern auch noch eine Küstenautobahn von der Elbe bis nach Westerstede gebaut werden.

Auch um die Bahnanbindung Wilhelmshavens steht es nicht zum Besten.

Schon kommen aus der Verwaltung die ersten Hilferufe, dass man dort der Flut von Anträgen nicht gewachsen sein wird. Auch die Umweltverbände sind hier völlig überfordert, und es steht zu befürchten, dass so manche Gefahrenquelle den Augen der Umweltschützer verborgen bleibt.

Doch in Wilhelmshaven träumt man den Traum, irgendwann einmal eine aufstrebende und schuldenfreie Stadt zu sein.

Von daher schickt es sich in Wilhelmshaven auch nicht, diese Pläne zu hinterfragen. Von den Ratsparteien CDU, SPD, FDP und Grünen wird niemand es wagen, abweichende Gedanken zu äußern. Die BASU, dieses Konstrukt aus dem WALLI-Abtrünnigen Joachim Tjaden und den beiden CDU-Dissidenten Ender und Homann, wird das Goldene Kalb auch nicht schlachten können, zumal es kaum noch Projekte geben wird, bei denen dem Rat der Stadt eine wichtige Entscheidungsfunktion zukommen wird.

Der Tanz um das Goldene Kalb wird wohl noch eine ganze Zeit weitergehen und noch wahnsinnigere Blüten treiben, als es heute schon der Fall ist. In welcher anderen Stadt wäre es möglich, dass ein Bäcker seinen Bürgern ein Containerbrot anbietet? In welcher anderen Stadt würde ein Containerkran als Ausstellungsobjekt beim Museum seinen Standort finden? In welcher Stadt würden an allen möglichen und unmöglichen Ecken Container stehen, die auf eine Ausstellung hinweisen? Es gibt Containerschiffe als Schlüsselanhänger. Hotels und Restaurants heißen plötzlich "JadeWeserPort"..... Das alles sind die Altäre und Standbilder der neuen Götzenverehrung mit dem Namen JadeWeserPort.

Und so wie die israelischen Frauen ihren gesamten Goldschmuck opferten und einschmelzen ließen, um das Goldene Kalb entstehen zu lassen, werden die Hafenpläne Milliarde um Milliarde aus den Steuern der Bürger verschlingen und letztendlich außer der Zerstörung der Umwelt keinerlei Folgen zeigen. Es sei denn...

Hannes Klöpper



Götze Container 1

Ist Eurogate ein guter Partner? Wäre Rhenus ein besserer gewesen? Oder ist das vollkommen egal?

Dazu können wir leider keine Bewertung abgeben. Wie so häufig in diesem Verfahren wird auch dieser Vertrag mit Eurogate unter Verschluss gehalten. Aber wir arbeiten kräftig daran, den Betreibervertrag zu bekommen. Gleichzeitig laufen noch die Petitionen bei der Europäischen Kommission und beim Niedersächsischen Landtag gegen die Art der Betreiberauswahl. Hier warten wir noch auf eine Entscheidung.

Die BI gegen den JWP wird es auch weiterhin geben?

Natürlich arbeiten wir weiter. Für uns ist die Auswahl des Betreibers kein Meilenstein.

Wie geht es weiter? Welche Möglichkeiten hat die BI noch, welche Schritte wird sie einleiten?

Es geht auf verschiedenen Ebenen weiter. Der Voslapper Groden wird in den nächsten Tagen zum Naturschutzgebiet erklärt. Daraus ergibt sich, dass die Umweltverträglichkeitsuntersuchung des JWP unvollständig ist und nachgearbeitet wird. Ein weiterer Änderungsantrag der Realisierungsgesellschaft wird folgen.

Der angekündigte Änderungsantrag für die Durchführung der Bahntrasse durch den Voslapper Groden mit der Lärmschutzwand für die Rohrdommel steht noch aus.

Alle Änderungsanträge müssen in einem gemeinsamen Erörterungstermin behandelt werden. Die ordnungsgemäße Abarbeitung ist Voraussetzung für den Planfeststellungsbeschluss.

Der Bebauungsplan 76 (Naherholungsgebiet Geniusbank) ist rechtswidrig vom Rat der Stadt aufgehoben worden. Wir arbeiten an einem Normenkontrollverfahren, um diese Aufhebung rückgängig zu machen.

Weiterhin werden wir das anstehende Verfahren aufmerksam beobachten und auf jeden handwerklichen Fehler aufmerksam machen.

Obwohl kaum jemand an die immer wieder genannten hohen Arbeitsplatzzahlen glaubt, spielen diese auch jetzt wieder eine herausragende Rolle. Eurogate will hier nicht nur den reinen Umschlag betreiben, sondern auch anderweitig aktiv werden – und damit bis zu 2.000 Arbeitsplätze schaffen. Was bedeutet das?

Diese angekündigte Anzahl von Arbeitsplätzen ist wieder einmal eine mathematische Spielerei ohne gesicherten Hintergrund. Wir warten erst einmal auf den Betreibervertrag; der wird hoffentlich Auskunft über das ➤



Götze Container 2

Arbeitsplatzmodell geben. Aber ich erinnere daran, dass 1999 noch 10.000 Arbeitsplätze hier entstehen sollten - nun sind es nur noch 2.000. Wir werden hier Stück für Stück an eine realistische Zahl von ca. 100 Arbeitsplätzen herangeführt.

Eurogate spricht auch für den Hafenbetrieb von weit mehr Arbeitsplätzen, als es die BI in der Vergangenheit getan hat. Müsst ihr eure Angaben da revidieren?

Die Anzahl der Arbeitsplätze hängt sehr stark von dem verwendeten Betriebssystem innerhalb des Hafens ab. Wir wissen immer noch nicht, welches System zur Anwendung kommt. Solange hier noch keine glaubhaften Informationen vorliegen, werden wir von einem vollautomatischen System ausgehen. Nur damit ist es möglich, annähernd an die Umschlagmenge von 2,7 Mio. TEU heranzukommen. Erst wenn Eurogate "Butter bei die Fische gibt" werden wir unsere Prognosen erneut durchrechnen.

Während die Arbeitsplatzprognosen bescheidener werden, steigen erwartungsgemäß die Kostenschätzungen: Die JWP-Infrastruktur sollte laut nds. Wirtschaftsministerium ("Letter of Intent" vom 06.11.2002) 448,6 Mio. Euro kosten. Im Dezember 2002 (siehe Gegenwind 185) rechneten wir schon mit 1.451 Mio. Euro Bruttokosten - also inkl. Schuldendienst. Woraus setzen sich die jetzigen Kostenschätzungen von 900 bzw. 950 Mio. Euro zusammen? Was kommt an Kosten auf Stadt, Land, Bund zu?

Der Bund wird den geringsten Anteil tragen.

Die Kostenübernahme für die Verlegung der Fahrhinne hat Berlin bereits abgelehnt. Inwieweit der Bund Kosten für die Ertüchtigung der Bahnstrecke übernimmt, ist zur Zeit nicht absehbar. Die Verlängerung der Autobahn A29 bis in den Hafen wird wohl der Bund übernehmen.

Das Land wird den Löwenanteil übernehmen müssen. Die offiziellen Zahlen für den reinen Hafenbau liegen bei ca. 650 Mio. Euro. Es kommen aber noch die Ausgleichsmaßnahmen hinzu. Die Kosten für die Einwender (Niedersachsenbrücke, E.ON usw.) müssen auch übernommen werden. Die allgemeine Teuerungsrate ist hier noch nicht eingerechnet. Wir rechnen mit ca. 1 Milliarde Euro für das Land Niedersachsen.

Die Stadt wird für die kommunalen Planungskosten aufkommen. Das Fachpersonal der Stadt ist so mit den Planungen im Rahmen des JWP beschäftigt, dass andere Aufgaben kaum noch erledigt werden können. Wir werden diese Folgeschäden erst in mehreren Jahren bemerken.

Wir hatten in unseren Berechnungen von 2002 den Zinsdienst bereits mit einbezogen. Gilt das auch für die von dir genannte Summe von 1 Milliarde Euro für Niedersachsen? Nein, die Zinsbelastung ist in unserer Rechnung nicht enthalten. Zur Zeit gehen wir davon aus, dass der JWP aus dem laufenden Landeshaushalt bezahlt wird. Dieses Versprechen hat Ministerpräsident Wulff kurz nach seinem Amtsantritt gegeben. Wie er das in der heutigen Haushaltslage schaffen will, ist mir nicht klar - aber Versprechen ist Versprechen.

Sollte der JWP über Kredite finanziert werden, müssen wir davon ausgehen, dass sich die realen Kosten auf ca. 2,8 Milliarden Euro in den nächsten 38 Jahren belaufen.

Die Entscheidung für den JWP ist nach unseren Recherchen auf der Grundlage falscher Daten, die zum Teil sogar von renommierten Gutachtern (hier Berger [nicht Manfred Berger von der Bürgerinitiative, sondern Roland aus München]) manifestiert wurden, gefallen. Kannst du uns da mal die Hauptdiskrepanzen benennen?

Die Umschlagprognosen stimmen nicht mehr mit der Realität überein. Der Anteil des Feederverkehrs steigt immer weiter. Damit haben wir augenscheinlich eine höhere Umschlagsrate, ohne einen Container mehr umzuschlagen.

Über eine Hafenerweiterung will man (aus politischen Gründen) nicht mehr reden. Wenn es aber keine Hafenerweiterung gibt, ist Cuxhaven deutlich billiger zu haben. Die von der Gutachterfirma Berger genannte JWP-Kailänge von ca. 10 km gab den wesentlichen Ausschlag für Wilhelmshaven.

Die Fa. Berger selbst hat sich allerdings von den ihr für das Gutachten zur Verfügung gestellten Angaben von jeglicher Verantwortung mit der Generalklausel freigezeichnet, dass sie die nicht nachgeprüft habe. So wurde eine irreführende Angabe aus dem Propagandaarsenal der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung zum Ausschlag gebenden Teil des vergleichenden Gutachtens zwischen Cuxhaven und Wilhelmshaven.

Vielen Dank für das Gespräch. □



Götze Container 3

Der Künstlerkatalog im Internet

LOS-Projekt "Künstlerplattform westliche Südstadt"

Die Wilhelmshavener Musikinitiative e.V. erstellt eine Online-Plattform für Künstlerinnen und Künstler aus dem Fördergebiet "Westliche Südstadt", einen Katalog im Internet. Dabei ist es den Projektleitern Holger Bretschneider, André Schulze und Andreas Koût wichtig, dass sich alle Kreativen angesprochen fühlen.

Ob Künstler oder Künstlergruppen mit professionellen Ambitionen oder Kreative, die im Hobby- bzw. Vereinsbereich aktiv sind, wichtig ist nur, dass sie mit ihrer Persönlichkeit und ihren Werken im Fördergebiet wirken und agieren.

Allen Teilnehmern bietet sich die Möglichkeit, ohne Kosten auf einer Seite vertreten zu sein, die regelmäßig von Veranstaltern besucht wird. Veranstalter erwarten übersichtliche und vollständige Informationen. Künstler - gleich welchen Genres - die in einem professionellem Katalog vertreten sind, erhöhen ihre Buchungswahrscheinlichkeit.

Der Künstlerkatalog der Wilhelmshavener Musikinitiative erreicht darüber hinaus ein hohes Präsenzniveau durch Verlinkung mit nationalen und internationalen Suchmaschinen, den Online-Seiten der Gemeinden und Landkreise sowie den Kulturservern der Bundesländer. Die Bündelung vielfältiger kreativer Angebote im einheitlichen Design macht die "Künstlerplattform westliche Südstadt" als Marktplatz und Forum attraktiv.

Alle Mitwirkenden erhalten bei Bedarf seitens der Projektleitung begleitende Unterstützung in Form von multimedialer Präsentation, fotografischer Dokumentation, druckreifen Presstexten und vielem mehr.

Weitere Infos gibt es unter Telefon 04421/44699 oder per eMail: wilhelmshavenermusikinitiative@t-online.de

Die Wilhelmshavener Musikinitiative e.V. kann auf über 20 Jahre Erfahrungen in der Sozial-, Jugend-, Kultur- und Präventionsarbeit mit dem Medium Musik zurückblicken. Sie verfügt als freier Träger der Jugendhilfe und als gemeinnützig anerkannter Verein über das entsprechend qualifizierte Fachpersonal und ist als Veranstaltungsausrichter lokal, regional und international erfolgreich. Zahlreiche renommierte Musiker, Komponisten, Techniker und Veranstaltungsleiter haben ihre ersten Schritte mit Hilfe der Wilhelmshavener Musikinitiative unternommen. LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke - "Künstlerplattform westliche Südstadt" wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch den europäischen Sozialfonds in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Wilhelmshaven und unterstützt durch das Stadteilbüro und den Stadteilbeirat des Fördergebietes "Westliche Südstadt".



Die Erde ist eine Scheibe. Schweine können fliegen. Umweltschutz ist unnötig!

...und wir meinen, Thesen wie diese sind da, um widerlegt zu werden.

Wir, die Greenpeace Jugendgruppe Wilhelmshaven, sind uns sicher, dass Umweltschutz ein Thema ist, das alle betrifft.

Wenn Castoren rollen, Lebensmittel mit Pestiziden belastet werden und das Klima sich spürbar verändert, lässt sich die Verantwortung dafür nicht auf morgen, "die Anderen" oder ausschließlich auf die Politik verschieben.

Ziel der JAGs, der Greenpeace Jugend-AGs, ist es, mit kreativen und vor allem positiven Aktionen auf Missstände aufmerksam zu machen und diesen aktiv entgegenzuwirken. Die Möglichkeiten hierzu sind breit gefächert. Sie reichen von Infoständen, Demonstrationen und Straßentheater über Ausstellungen bis hin zu Treffen mit den jeweiligen Entscheidungsträgern.

Wir wollen "unbequem", aber dennoch mit Spaß bei der Sache sein, denn Aktionen sind am erfolgreichsten, wenn Gleichgesinnte gemeinsam an einem Strang ziehen.

Die Mitglieder der inzwischen deutschlandweit mehr als 50 Jugendgruppen sind zwischen 14 und 19 Jahren alt.

Auch hier in Wilhelmshaven hat sich Anfang 2002 eine solche Gruppe gegründet. Einerseits engagieren wir uns hier in Wilhelmshaven, andererseits finden immer wieder größere Aktionen auf überregionaler oder bundesweiter Ebene statt. In der Vergangenheit haben wir zu den Themen Gentechnik, Klimawandel, Atomenergie sowie Wale/Meere gearbeitet. Die Aktionen waren vielseitig: Mit Hilfe von Vorträgen sollte informiert werden, und ein Straßentheater in der Marktstraße zum Thema Atomenergie sollte Aufmerksamkeit erregen, neugierig und nachdenklich machen. Mit Infostand, Unterschriftenlisten, Flyern und Kostümen ging es dann los! Verschiedene Charaktere, die zu Anfang ganz unterschiedliche Positionen vertraten, haben auf unserer "Bühne" die Risiken und Nebenwirkungen der Atomenergie diskutiert und ihre Auswirkungen deutlich gemacht.

Auch ein anderes Thema war Gegenstand unserer Aktionen, nämlich unser regional nächstes Problem, der Lebensraum Meer.

Gerade hier in Wilhelmshaven ist das Interesse am Ökosystem Meer besonders groß. Dieser Lebensraum ist durch den Menschen

in seiner Existenz und in seinem Gleichgewicht bedroht; ein Großteil der Fischbestände gilt als überfischte, kann sich also nicht mehr regenerieren. Ungefähr 30% des gefangenen Fisches ist jedoch für die Industrie nicht verwertbar – und so werden kleine Fische, Muscheln, Krebse, aber auch Delfine und Kleinwale, meist schon tot, unmittelbar wieder über Bord geworfen. Diese Einwirkungen des Menschen bedrohen auch "die sanften Riesen", die Wale. Das Bio-Active-Sonar, das vom Militär verwendet wird, setzt die Wale unter akustischen Dauerstress und macht Kommunikation und Orientierung nahezu unmöglich. Zudem reichern sich chemische und radioaktive Substanzen über die Nahrungskette im Fettgewebe des Wals an und führen dazu, dass die Fettschicht eines gestrandeten Wals als Sondermüll entsorgt werden muss.

Zudem weigern sich Japan und Norwegen nach wie vor, das Fangverbot für Wale der IWC (Internationale Walfang-Kommission) anzuerkennen und jagen weiter Wale.

Auf solche Themen mit regionalem Bezug, aber auch auf überregionale Probleme wie Atomkraftwerke und die vom Abholzen bedrohten Regenwälder möchten wir aufmerksam machen: Wir wollen die Probleme in das Bewusstsein der Menschen bringen und Möglichkeiten aufzeigen, was jeder selbst machen kann.

In Wilhelmshaven sind wir mit einer Gruppe von Jugendlichen aktiv – aber wir wollen mehr werden! Habt ihr Lust? Dann ruft doch am besten mal an oder kommt zu unseren Treffen. Wir treffen uns einmal in der Woche. Der Ansprechpartner, an den ihr euch bei Fragen und Interesse wenden könnt, ist:

Matthies Müller Tel.: 04462/3106,
matthies.mueller@gmx.de

Unsere nächste Aktion möchten wir zum Thema "Richtig Einkaufen" machen. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Gentechnik in Lebensmitteln, leer gefischten Meeren, Regenwaldholz bei uns zu Hause und natürlich den Alternativen. □

hartz IV und recht

Man muss nicht alles hinnehmen, was das Job-Center verfügt

Gesetze, so sagte vor etwa einem Jahr der Leiter des Sozialamtes Varel auf einer Versammlung der Arbeitsloseninitiative, bedürfen der Auslegung und Ausgestaltung durch Gerichtsurteile. In diesem Sinne ermunterte er die Teilnehmer, gegen Bescheide des Job-Centers Widerspruch einzulegen und für den Fall, dass dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, beim Sozialgericht zu klagen.

Alg II-EmpfängerInnen haben nichts zu verschenken. Von 345 Euro im Monat (Regelsatz für eine Einzelperson) kann man keine großen Sprünge machen. Da diese Regelleistung um 49 Euro über dem bis 31.12.2004 gültigen Sozialhilfe-Regelsatz liegt, wird von ihnen jedoch erwartet, dass sie für all die Fälle, in denen es früher eine einmalige Beihilfe gab, Geld beiseite legen. Zahlreiche Anträge auf einmalige Beihilfen werden von den AR-GEen abgelehnt mit der Begründung, dies oder jenes müsse aus dem Regelsatz bestritten werden.

Mittlerweile liegen einige Gerichtsbeschlüsse und -urteile vor, die für Hartz IV-Betroffene Erleichterung bringen.

In einem Urteil vom 19.12.2005 sprach das Sozialgericht Oldenburg einem Kläger die Erstaussstattung einer Wohnung zu und verurteilte die ARGE Oldenburg zur Zahlung. Die ARGE hatte nur eine darlehensweise Beihilfe gewährt. Der Bedarf des Klägers war durch seine Scheidung entstanden. Hier entschied nun das Sozialgericht, dass der Begriff der "Erstaussstattung der Wohnung" nicht zeitlich, sondern bedarfsbezogen zu verstehen ist. Es war nicht die erste eigene Wohnung des Klägers, aber es war die erste in seiner neuen Lebenssituation.

Auf dieselbe Festlegung, die übrigens erstmalig in einem Urteil des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz die Entscheidungsgrundlage bildete, gründet ein Beschluss des Sozialgerichts Aurich vom 06.12.2005. Hier hatte ein Alg II-Empfänger eine Beihilfe

für eine Kücheneinrichtung (Herd und Spüle) für seine neue Wohnung beantragt. Sie war ihm nur als Darlehen bewilligt worden. Doch da in seiner vorigen Wohnung eine Einbauküche gestanden hatte, die nicht sein Eigentum war, brauchte er eine Kücheneinrichtung. Das Sozialgericht Oldenburg folgte dem Spruch aus Rheinland-Pfalz und stellte fest, dass auch die Anschaffung einer Kücheneinrichtung eine Erstaussstattung ist, die nicht zeitlich, sondern bedarfsbezogen verstanden werden muss.

Auch eine Wilhelmshavener Klägerin bezieht sich in ihrem Begehren auf diese Festlegung. Sie war auf Aufforderung des Job-Centers in eine billigere Wohnung umgezogen. Beim Umzug gingen einige Möbelstücke zu Bruch und konnten nur noch entsorgt werden. Das Job-Center Wilhelmshaven will ihr die Ersatzbeschaffung nur als Darlehen gewähren.

In diesem Fall steht eine Gerichtsentscheidung noch aus. Doch es besteht sehr wohl Aussicht auf Erfolg für die Klägerin. Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat am 21.02.2006 einen Beschluss des Sozialgerichts Oldenburg aufgehoben, demzufolge die Klägerin mangels Erfolgsaussicht keine Prozesskostenhilfe bekommen sollte, und argumentierte im Sinne des Urteils aus Rheinland-Pfalz: Der Begriff der Erstaussstattung ist nicht zeitlich, sondern bedarfsbezogen zu verstehen, und wenn Bett und Schrank den Umzug nicht überstehen, ist Bedarf da. Prozesskostenhilfe ist also zu gewähren.

Diese Fälle zeigen: Es kann sich durchaus lohnen, Ablehnungsbescheide des Job-Centers nicht einfach hinzunehmen, sondern ihnen zu widersprechen und nötigenfalls anschließend dagegen zu klagen.

Ähnliches legt auch eine DPA-Meldung nahe zur Frage, was für ein Auto ein Alg II-Berechtigter fahren darf: So entschied das Sozialgericht Aurich, dass ein Kläger sein Auto, das noch einen Wert von 9900 Euro hatte, nicht verkaufen und den Erlös für seinen Lebensunterhalt verbrauchen musste. "Das Kraftfahrzeug wird nicht als Vermögensgegenstand, sondern als Verkehrsmittel geschützt." ("WZ" vom 10.03.06) (noa)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

schon wieder wurde in Wilhelmshaven eine Familie am frühen Morgen von einem großen Polizeiaufgebot "ausgehoben" und aus dem Land geworfen. Mit Sicherheit ist auch diese erneute Abschiebung nach Recht und Gesetz vor sich gegangen, genau wie die versuchte Abschiebung der Familie Mucaj, die uns vor sechs Wochen Anlass war, Ihnen zu schreiben.

In Ihrem Antwortbrief haben Sie uns erläutert, dass und inwiefern Ihre Mitarbeiter so und nicht anders handeln mussten. Bestimmt könnten Sie uns Entsprechendes auch für den Fall der Familie Manukjan erklären. Doch das wollten und wollen wir mit unserem Schreiben gar nicht erreichen. Nein, mit unserer Bitte, unsere MitbürgerInnen und NachbarInnen ausländischer Herkunft künftig vor Abschiebung zu schützen, weil Abschiebung unmenschlich ist, wollten wir Sie zur Nichtbefolgung von Recht und Gesetz, zu zivilem Ungehorsam ermutigen, und wir wollten Sie ermutigen, Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu zivilem Ungehorsam zu ermutigen.

Ein städtischer Bediensteter erklärt in der "Guten Morgen Sonntag", bei Dienstantritt sein Gewissen an der Garderobe abzugeben. Das entsetzt uns. Städtische MitarbeiterInnen und Mitarbeiter erklären in der "WZ", wenn sie etwas, das sie als Unrecht empfinden, nicht tun wollten, dass sie sich dann versetzen lassen müssten und dass dann halt andere es tun würden. Das entsetzt uns.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, kennen Sie das Milgram-Experiment*? *"Ganz gewöhnliche Menschen, die nur schlicht ihre Aufgabe erfüllen und keinerlei persönliche Feindseligkeit empfinden, können zu Handlangern in einem grausigen Vernichtungsprozess werden. Schlimmer noch: Selbst wenn ihnen die zerstörerischen Folgen ihres Handelns vor Augen geführt und klar bewusst werden, verfügen doch nur vereinzelte Menschen über genügend Standfestigkeit, um der Autorität wirksam Widerstand entgegenzusetzen"*, so lautet Stanley Milgrams Fazit in der Dokumentation seines sozialpsychologischen Experiments, in dem er feststellen musste, dass Menschen bereit sind, andere Menschen zu quälen, nur weil jemand es anordnet und behauptet, es sei wichtig.

Die jungen NVA-Soldaten, die Republikflüchtlinge erschossen, haben auch nach Recht und Gesetz und auf Befehl gehandelt. Jemand hat es angeordnet und ihnen gesagt, es sei wichtig. In ihren Strafprozessen hat es ihnen allerdings nichts genützt, dass sie sich auf ihre Befehle berufen haben; sie wurden verurteilt. Befehle und Recht und Gesetz sind schön und gut, und sie sind notwendig für das Zusammenleben in Gemeinschaften. Doch sie sind falsch und zerstörerisch, wenn wir aufhören, sie zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen, sie immer wieder in Frage zu stellen und an höherwertigen Maßstäben, an Moral, Ethik, Menschlichkeit zu messen; sie sind falsch und zerstörerisch, wenn wir sie blind befolgen. Es ist notwendig, Recht und Gesetz zu brechen, wenn es falsch ist.

Wir nehmen an, dass Sie die "Wilhelmshavener Zeitung" regelmäßig lesen. Da wurden Ihnen in den letzten Tagen und Wochen die Folgen von (versuchten und erfolgten) Abschiebungen vor Augen geführt: Die Familie Mucaj kann nicht mehr ruhig schlafen, alle vier haben Angst. Eine ältere Dame weiß nicht, wie sie ihrem demenzkranken Mann erklären soll, dass die kleine Aregnas nie mehr kommen wird. Ein weiteres armenisches Mädchen und ihr kleiner Bruder können vor Angst nicht mehr schlafen und schrecken weinend hoch. (Leserbrief von Elke Albers in der "WZ" vom 25. März)

Herr Oberbürgermeister, wir hoffen und wünschen, dass Sie und Ihre Mitarbeiter zu den Menschen gehören mögen, *die genügend Standfestigkeit besitzen, um der Autorität wirksam Widerstand entgegenzusetzen!* Unser Bundesland Niedersachsen richtet jetzt endlich (als zweitletztes) eine Härtefallkommission ein. Diese Kommissionen haben die Aufgabe, in Fällen wie denen der Familie Mucaj und der Familie Manukjan zu prüfen, ob ein Aufenthaltsrecht gewährt werden kann, obwohl nach "Recht und Gesetz" eigentlich Ausreisepflicht bestünde. Wir vermuten stark, dass u.a. hier geborene und/oder aufgewachsene Kinder, die in Schule und/oder Kindergarten gehen und Freunde und Freundinnen haben, ein Grund sind, damit ein "Fall" (dann sogar nach Recht und Gesetz) zum "Härtefall" wird.

Johann und Sabine Janssen weisen in ihrem Leserbrief in der "WZ" vom 20. März auf die UN-Kinderrechtskonvention hin, in der es in Artikel 3 heißt. "Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist."

Angesichts dessen meinen wir, dass die Stadt Wilhelmshaven alle anstehenden Abschiebungen aussetzen muss.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Nowak

Herward Meier

*Stanley Milgram, Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek 1995



**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

Treffen der WALLI:
Jeden 1. u. 3. Dienstag im
Monat um 20.00 Uhr
in der Gaststätte
"Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432

WALLI
Wilhelmshavener Alternative
Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de

Linke Alternative Wilhelmshaven gegründet

Am 9.3. hat sich in Wilhelmshaven die politische Linke konstituiert. Sie hat sich den Namen "Linke Alternative Wilhelmshaven – Wählergemeinschaft Arbeit und soziale Gerechtigkeit" gegeben. Die WASG, die Linkspartei, die WALLI und parteilose Linke haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam zur Kommunalwahl im September anzutreten.

Die Stadt Wilhelmshaven hat in den vergangenen Jahren durch die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und durch die Gründung der Holding den Gestaltungsspielraum der BürgerInnen und ihres Rates schon erheblich eingeschränkt. Hier will die

Linke Alternative Wilhelmshaven gegensteuern.

Seit längerer Zeit schon treffen sich einzelne Mitglieder der LAW außerhalb der Plenumssitzungen in drei Arbeitsgruppen. Zu den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Kommune/Infrastruktur/Umwelt erarbeiten sie das Kommunalwahlprogramm.

Woran es der LAW ganz entschieden noch fehlt, sind Frauen. Kamen zu den ersten Treffen schon deutlich weniger Frauen als Männer, so ist ihr Anteil seither noch kleiner geworden.

Weiterhin sind alle Interessierten zur Mitarbeit eingeladen. Da die LAW sich ausgerechnet an dem Tag trifft, an dem diese Gegenwind-Ausgabe in der Druckerei ist, können wir hier den Termin des nächsten Treffens hier nicht nennen. Schauen Sie in der Internet-Ausgabe des Gegenwind nach oder fragen Sie bei der WALLI (Tel. 879249) oder der WASG (Tel. 466836) danach! (noa)

Antifaschistisches Bündnis Wilhelmshaven "50 Jahre Bundesmarine"

Mittwoch, 03.05.2006, 20.00 Uhr,
Gewerkschaftshaus Wilhelmshaven,
Weserstraße 51 / Ecke Virchowstraße

Militärriuale

mit **Dr. Markus Euskirchen, Politikwissenschaftler und freier Journalist, Berlin**

Warum und wozu gibt es Militärriuale und wie funktionieren sie? Zunächst wird der systemische Rahmen bestimmt, in dem Militärriuale ihren Zweck erfüllen: Staat, Kapitalismus und Nation brauchen Militärriuale. Das Beispiel Bundeswehr zeigt dann die verschiedenen Formen militärischer Rituale. Ergebnis ist eine Typologie: das Gelöbnis als Initiationsritual, mit einem Exkurs zur Rolle der Kirche; Staatsempfänge als Imponierriuale; Kranzniederlegungen als Erinnerungs- und Gedenkrituale; Großer Zapfenstreich als ritualisierter Militärauftritt. Derlei Rituale verweisen auf die ultima ratio staatlich-politischer Logik und schaffen Akzeptanz für die Anwendung militärisch organisierter Gewalt. Abschließend wird die vielgestaltige Protestbewegung gegen öffentliche Militärauftritte betrachtet.

Lesetipp: Markus Euskirchen: *Militärriuale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments*, PapyRossa Verlag, Köln 2005

Donnerstag, 11.05.2006, 20.00 Uhr, Theatercafé "Mephisto" im Stadttheater Wilhelmshaven, Peterstraße / Ecke Virchowstraße

"Zu Gast bei Freunden"

Das beste linke Kabarett der Gegenwart: Rainer Trampert und Thomas Ebermann mit neuem Programm in Wilhelmshaven
Ebermann und Trampert waren in den 80er Jahren führende Mitglieder bei den Grünen, Trampert Bundesvorsitzender, Ebermann in der Bonner Fraktionsführung. Seit ihrem Parteiaustritt (1990) arbeiten sie als Publizisten (u.a. für "Konkret" und "Jungle World"), als Buchautoren ("Offenbarung der Propheten" und "Sachzwang und Gemüt") sowie als Satiriker auf der Bühne. Ihre bisherigen Bühnen-Programme "Verpasst Deutschland den Anschluss?" und "Sachzwang und Gemüt"

hinterließen nicht nur in WHV einen nachhaltigen Eindruck. Auch im neuen Programm "Zu Gast bei Freunden" operieren die beiden, wie es in Kritiken heißt, mit "einer ebenso einfachen wie wirkungsvollen Technik: Original-Töne werden mittels Zwischenbemerkungen zur Kenntlichkeit entstellt". So entsteht "eine Kleinkunst, die sie 'Lesebühne' nennen", die aber "in Wirklichkeit das beste linke Kabarett ist, das gegenwärtig zu haben ist".

"Zu Gast bei Freunden" widmet sich u. a. folgenden Themen:

Werden die Deutschen dem Leitmotiv der Fußball-WM 2006, "Die Welt zu Gast bei Freunden", schon gerecht oder müssen Gastfreundschaft und gute Laune noch trainiert werden? Wie erfolgreich sind der Karlsruher Verfassungsrichter Di Fabio, der sein Hobby, die Fortpflanzung der deutschen Gattung, zum Beruf gemacht hat, und die Initiative NoFitti in ihrem Kampf gegen Graffiti? Warum sind harmlose Horrorfilme erst ab 16, die Gewalt verherrlichenden Märchen der Grimms, "Wilhelm Busch" und "Struwwelpeter" aber schon ab 3 Jahren freigegeben? Harald Schmidt empfiehlt den Bestseller des Historikers Paul Nolte, weil der offen anspricht, dass Kranke und Arme seine gesunde und vermögende "Generation Reform" belästigen könnten. Wer hat Arbeitslose als "Parasiten" enttarnt und warum sind Stasi-IM für den Unterhosen-Schnüffel-Test in WGs ungeeignet? Ist Kanzlerin Angela Merkel eine "Killer-Queen", ein "Alpha-Tier", eine "Machtphysikerin" oder gar ein "Sumo-Ringer"? In seinen Memoiren "Was ich noch zu sagen hätte" spricht Reinhard Mey zum ersten Mal offen an, dass er ein guter Mensch ist, aber die 68er und intelligente Frauen hasst. Warum rief Benedikt XVI. in Köln: "Eins, zwei, drei"? Worüber sprachen Schröder, Putin und Chirac in Kaliningrad und warum haben die Russen die Stadt nicht restauriert?

Zwei weitere Veranstaltungen (Gedichte, Texte & Musik und Aktuelles zur deutschen Militärpolitik) sind in Vorbereitung.

Weitere Infos unter

<http://hometown.aol.de/antifawhv/Startseite.html>



Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

Schutzgemeinschaft

Der Gegenwind sprach mit Jens Frieß, dem 1. Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft JadeRegion.

(hk+jt) Die Schutzgemeinschaft JadeRegion (SJR) wurde am 26.10.2005 von 13 interessierten Bürgern gegründet. Nach Meinung der Gründungsmitglieder besteht dringender Handlungsbedarf zum Schutz unseres Lebensumfeldes. Umweltbewusstsein, Lebensqualität, Pflege des Gemeinschaftssinns, Erhaltung der Freizeitflächen und andere ähnliche Themen hat sich die SJR auf die Fahne geschrieben.

Die SJR will, so der 1. Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Jens Frieß zum Gegenwind, dazu beitragen, dass die Menschen der Region mehr miteinander reden und gemeinsam handeln. "Wir können unsere Welt nicht nur als einen begrenzten Raum sehen. Unser Lebensumfeld muss vor überhasteten und überwiegend kommerziell orientierten Planungen geschützt werden. Dazu muss man möglichst weiträumig denken, was bisher häufig nicht gemacht wird. Bisher denken die meisten Gruppen nur über Themen nach, die in ihrem unmittelbaren Umfeld stattfinden, ohne dabei auch die weiträumigen Betrachtungen ins Auge zu fassen", so Frieß weiter.

Die SJR hat bereits eine erste Versammlung mit den Einwohnern gegen den Jade-WeserPort durchgeführt und diese über den Fortgang der Verfahren informiert. Schon bei dieser ersten Versammlung traten zusätzlich zu den 13 Gründungsmitgliedern weitere 70 neue Mitglieder dem Verein bei. Beschlossen wurde an diesem Abend, die einzelnen Bürger gegen Einschränkungen zu schützen, die aus dem Bau und Betrieb des JWP resultieren. Dazu wurde ein Fachanwalt für Umweltrecht beauftragt, der ab jetzt die Interessen der Betroffenen vertritt.

Die Schutzgemeinschaft will sich mit allen für die Region relevanten Themen befassen. Dazu gehören hier vor Ort natürlich der Raffinerieausbau, der Neubau der INEOS, das geplante Kohlekraftwerk, die Bebauung des Rüstersieler Grodens, der Voslapper Groden, die Bahnumgehung Sande, die Schleuseninsel und der Geniusstrand, aber auch die Themen Weser- und Elbevertiefung, Verschlickung der Kleinhäfen an Weser, Jade und Ems.

Sich warm anziehen

"Wichtig für uns sind Solidarität, gemeinsames Handeln und die Vermeidung von Doppelarbeiten. Deswegen sehen wir uns auch als Ergänzung zu anderen Umweltverbänden. Einer dieser Verbände befürwortet nicht nur diese Ergänzung der bestehenden Verbände, sondern ist Mitglied der SJR geworden", erläuterte Frieß die Möglichkeiten der Umsetzung der Ziele der Schutzgemeinschaft JadeRegion. Und weiter: "Unsere Mitglieder wollen und werden sich einmischen. Sie werden Erörterungstermine wahrnehmen und bei allen möglichen öffentlichen Veranstaltungen die Verantwortlichen ansprechen, Rats- und Gemeindefitzungen besuchen. Wir hoffen, und da sind wir mehr als zuversichtlich, dass die Zahl der aktiven und passiven Mitglieder noch größer und der Bürger

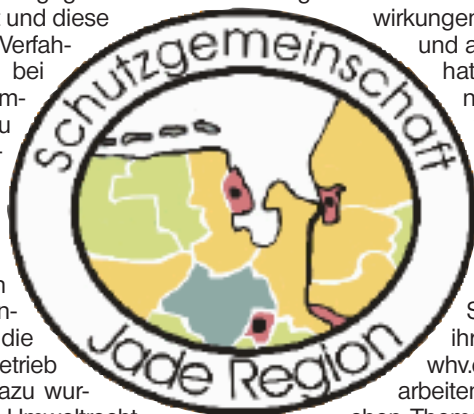
noch kritischer wird. Je mehr Potenzial wir in unserer Region entwickeln, desto schwieriger wird es für die Entscheider in der Region, gegen die Interessen der Bürger zu handeln. Kommunalpolitiker, Gutachter, Firmen und deren Helfershelfer müssen sich dann ziemlich warm anziehen. Gerade in diesen Zeiten, wo uns normalen Bürgern viel abverlangt wird, heißt es Flagge zeigen. Wir dürfen nicht leichtgläubig vertrauen, sondern müssen uns selbst ein Bild machen, um mit dem eigenen Wissen und aus fester Überzeugung falschen Entscheidungen entgegenzutreten."

Nach Meinung der SJR reicht es nicht aus, sich auf den kleinen Bereich Wilhelmshaven zu beschränken, denn die Erweiterung der Chemie in Wilhelmshaven hat Auswirkungen auf das Wangerland und auf Butjadingen, der JWP hat Auswirkungen bis Hannover und die A 22 wirkt von Leer bis Hamburg.

Egal, wer sich gerade mit einem Thema beschäftigt, er sollte auf das Wissen anderer zurückgreifen können. Dafür bietet die Schutzgemeinschaft auf ihrer Homepage www.sjr-whv.de ein Forum. Manchmal arbeiten zwei Gruppen am gleichen Thema und wissen nicht voneinander. Diese Doppelarbeiten sollten so weit wie möglich vermieden werden.

Gelingen kann das nach Meinung von Jens Frieß, weil in der Schutzgemeinschaft schon jetzt Leute sind, die auch in anderen Organisationen aktiv sind. Mitglieder des BUND, des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz LBU, des Tierschutzvereins, der Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort", des Siedlerbundes, des Botanischen Gartens, der Politik usw. sind auch Mitglied in der Schutzgemeinschaft.

Dennoch versteht sich die SJR nicht als Vermittlerorganisation. Es gibt, so der Sprecher der SJR zum Gegenwind "unendlich viele Themen, die nicht behandelt werden, weil die Kapazitäten der Verbände nicht ausreichen. Es gibt Dinge, die andere Verbände nicht machen können oder wollen. Es gibt z.B. keinen Verband, der Musterklagen gegen Großprojekte wie den JWP führen kann oder will. Wir wollen, wir können, und werden das tun. Schon heute arbeitet eine Anwaltskanzlei an den Unterlagen des JWP. Die Kosten dafür sind gedeckt. Auch für die Einwanderklagen liegen schon erhebliche Gelder auf einem Konto. Natürlich fehlen hier noch einige Euro, aber die bekommen wir sicher mit der Unterstützung der betroffenen Bürger zusammen." □



Mütter Zentrum

**Werftstr. 45
Tel. 506 106**

Teenie und schwanger?

**Hier bekommst Du Hilfe!
Treffpunkt, Austausch,
Informationen und
fachliche Unterstützung.**

Wo?

Im

SOS Mütterzentrum

Wann?

**Nächste Treffen am
25. April, 30. Mai und
27. Juni (jeweils Dienstag)
von 16.00 - 17.30 Uhr
Folgetreffen sind geplant!**

**Anmeldung unter
0151/15279623
(auch SMS)
bei Hebamme
Helgrit Sudholz.**

Öffnungszeiten Café MüZe:

**Montag bis Freitag
09.30 - 13.30 Uhr
Mittwochs auch
15 - 18 Uhr**

90 Jahre arbeitslos

Die ALI informierte sich über die Rente

(noa) Die Stiftung Warentest hat ermittelt, dass die Rentenberatung bei den Beratungsstellen der gesetzlichen Rentenversicherung in vielen Fällen schlecht sei. Unsichere und total sachunkundige Berater haben die Tester angetroffen. Wir sind sicher, dass das für die Beratungsstelle der LVA in Wilhelmshaven nicht zutrifft.

Deren Beraterin Silke Ostertag war auf der gut besuchten Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland am 14. März als Referentin da. Sie bestätigte das Eingangsstatement des ALI-Vorsitzenden Günther Kraemmer: "Die Rente ist sicher – aber die Höhe nicht." Angesichts der jüngsten Vorstöße, die schon beschlossene stufenweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters solle schneller als beschlossen greifen, und angesichts dessen, dass damit unendlich viele Leute in Wirklichkeit nicht länger arbeiten, sondern länger arbeitslos sind, es sich also um eine Rentensenkung handelt, kann man nur so viel sicher sagen: Die Rente wird niedriger.

Frau Ostertag gab zunächst einmal einen Überblick über die verschiedenen Altersrenten. Sie verblüffte damit alle diejenigen, denen nicht bekannt war, dass es überhaupt verschiedene Altersrenten gibt.

Rente, Rente und Rente

Da ist zum einen die Regelaltersrente, für die nach fünf Jahren der Beitragszahlung – etwa aus Beschäftigung, Arbeitslosen- oder Krankengeldbezug oder durch Versorgungsausgleich – eine Anwartschaft entsteht. Die ist natürlich sehr gering, wenn tatsächlich nur 5 Beitragsjahre vorhanden sind; davon betroffen sind bekanntermaßen viele Frauen, die zugunsten der Kindererziehung nur wenige Jahre ihres Lebens erwerbstätig waren.

Dann gibt es die Altersrente für langjährig Versicherte, auf die man nach 35 Versicherungsjahren (bei denen auch Kindererziehungszeiten angerechnet werden), einen Anspruch hat. Die kann, wenn man viel verdient und damit hohe Beiträge gezahlt hat, schon etwas höher ausfallen.

Und schließlich gibt es die Altersrente für Schwerbehinderte, für die ebenfalls 35 Jahre Beitragszahlung, außerdem aber eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 % erforderlich sind (für die Geburtsjahrgänge vor 1951 reicht auch die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit).

Die Renten sinken sicher

Durch Veränderungen im Lohngefüge, z.B. durch die zunehmende Zahl geringfügiger Beschäftigungen, gehen den Rentenkassen große Summen verloren. Und natürlich erwirbt man sich mit solchen Mini-Jobs auch nur geringe Rentenansprüche. Wer z.B. ein Jahr lang für 400 Euro im Monat gearbeitet hat, hat damit seine spätere Rente mal gerade um 2 Euro monatlich erhöht; und auch für die Berechnung der Anwartschaft zählen diese Arbeitsverhältnisse nur zu einem Viertel. Wer einen Mini-Job hat und es irgendwie schafft (wenn z.B. der Partner eine volle Beschäftigung hat), sollte daher von der Möglichkeit Gebrauch machen, Aufstockungsbeiträge zu zahlen.

"Wenn 30 Euro Beitrag aber nur 5 Euro Rente ergeben, wäre es da nicht schlauer, das Geld lieber zur Bank zu tragen?", kam es

aus dem Publikum. Doch ein anderer Zuhörer kam Frau Ostertag zuvor: "Damit das Arbeitsamt es dir abzieht?!"

Der Hintergrund dieser Antwort: Langzeitarbeitslose müssen ihr Vermögen bis auf eine geringe Summe verbrauchen, bevor sie Arbeitslosengeld II bekommen – wer damit rechnen muss, irgendwann in seinem Leben arbeitslos zu werden und zu bleiben (und wer muss heutzutage damit nicht rechnen?), ist also gar nicht gut beraten, viel Geld auf der Bank zu haben.

Arbeitslosigkeit und Rente

Bestimmt hätten viele der Versammlungsteilnehmer gerne genauer gewusst, wie sie ihre zu erwartende Rentenhöhe ermitteln können, doch das trug Frau Ostertag nicht vor. Für die Rentenberechnung sind so viele Faktoren wichtig, dass man es nicht allgemein sagen kann; es ist nur sinnvoll, es in jedem einzelnen Fall zu berechnen. Und so lud Silke Ostertag die Versammelten ein, zu ihr in die Beratung zu kommen – die Beratung ist kostenlos. So kann zum Beispiel die Sichtung der Unterlagen Aufschluss darüber geben, ob es sinnvoll ist, sich arbeitslos zu melden, selbst wenn man keine Leistung bekommt – manchmal bildet die Arbeitslosmeldung eine Brücke zum Rentenanspruch.

Wer sich über seine zu erwartende Rente informieren möchte, kann Frau Ostertag aufsuchen. Sie sitzt in der Paul-Hug-Straße 5. Einen Beratungstermin kann man telefonisch unter 9277-0 vereinbaren.

Wie wirkt sich Arbeitslosigkeit überhaupt auf die Rente aus? Während einer Arbeitslosigkeit mit Leistungsbezug entstehen Pflichtversicherungszeiten. Bei Bezug von Arbeitslosengeld wird ein Rentenversicherungsbeitrag auf der Basis von 80 % der vor der Arbeitslosigkeit erzielten Bruttobezüge eingezahlt. Für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen werden Beiträge auf der Basis eines Lohnes von 400 Euro entrichtet. Ernst Taux, früher Sozialberater bei der ALI und auch heute noch ehrenamtlich für die ALI tätig, rechnete vor, dass 90 Jahre Alg II-Bezug erforderlich sind, um Anspruch auf eine Rente in Höhe von Alg II zu erwerben. So ist es jedenfalls im Moment noch. Wenn demnächst, wie beschlossen, die Rentenversicherungsbeiträge nach Hartz IV halbiert werden, dauert es entsprechend länger.

Auslaufmodell Rente

Gegenwärtig beziehen 90 % der Männer und 78 % der Frauen, die älter als 65 sind, Rente. Doch, so Kraemmer: "Die Rente, so wie wir sie kennen, ist ein Auslaufmodell." Die Erhöhung des Rentenalters ist nur ein kleiner Teil der Demontage der Rentenversicherung. Die schon erwähnten Veränderungen in der Arbeitswelt senken das Vermögen der Rentenkassen und damit die einzelnen Renten weiter. Heute schon gibt es viele Rentner (und erst recht Rentnerinnen), deren Bezüge so gering sind, dass sie ergänzend Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen. Ernst Taux war, gelinde gesagt, befremdet darüber, dass sogar Frau Ostertag sagte, eine zusätzliche private Alterssicherung sei empfehlenswert. Junge Leute, denen geraten wird, sich frühzeitig eine zweite, kapitalgebundene "Rente" neben der gesetzlichen Rente anzusparen, entwickeln die Meinung, die Alten äßen sich auf ihre Kosten satt. Statt auf Rießer-, Rürup- oder sonstige Vorsorgeformen zu verweisen, sollte man lieber für die gesetzliche Rentenversicherung streiten. Und das bedeutet natürlich auch, sich gegen die Aushöhlung des Lohnsystems, die immer weitergehende Lockerung des Kündigungsschutzes, gegen die steigende Arbeitslosigkeit zu Wehr zu setzen. □

Die nächste Versammlung der Arbeitsloseninitiative findet am 11. April um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, statt. Dr. Pietzka von der VHS wird zum Thema Arbeit für Ältere im Zusammenhang mit Hartz IV sprechen.

Wo werden die Kinder spielen...

...alleingelassen mit den ätzenden Bodenschätzen der vergangenen Generationen

...und was werden sie lernen...

...so ganz ohne Kultur!

Was bewegt Kommunalpolitiker...

...bei Ihren Entscheidungen!

Wissen Sie, warum Gelder für Kultur, Schulen und soziale Einrichtungen fehlen, während die Gelder für Aufsichtsräte immer weiter steigen?

„Finden Sie es wichtig, eine eigene Meinung zu haben?“

Kennen Sie das Gefühl der 5-jährigen Entmündigung so kurz nach den Kommunalwahlen?

Kennen Sie die vielen Versprechungen der Politiker, die sie dann nicht halten werden?

Am 10. September 2006 ist BASU-Tag und wir freuen uns auf Ihre Stimme und Ihre Mitarbeit.

BASU-TREFFEN: REGELMÄSSIG 2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG IM KREUZELWERK AB 19.00 UHR!

BASU

FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHY.DE

Obdachlos von Amts wegen?

Oder auch: Von Pontius zu Pilatus Teil II

(jes) Als der 19-jährige Andreas (*Name von der Redaktion geändert*) von seinem Stiefvater zu Hause rausgeworfen wurde, ahnte er noch nicht, was es bedeutet, sich mit Behörden auseinanderzusetzen, denn wer sich mit unseren Gesetzen nicht auskennt, den lässt man hierzulande glatt verhungern!

Seine Situation ist folgende: Seine Mutter lebt mit ihrem Mann, seinem Stiefvater, in Trennung. Wegen privater Auseinandersetzungen setzt sein Stiefvater ihn vor die Tür. Seine Mutter hat nicht die finanziellen Mittel, ihn zu unterhalten. Er hat die Schule beendet und wartet nun auf den Musterungstermin der Bundeswehr Anfang Mai. Woraufhin er wahrscheinlich zum 1. Juli eingezogen wird.

Er wohnt nun mal hier, mal dort, bei Freunden, bei entfernten Verwandten. Diese können ihn aber auch nicht auf Dauer mitfinanzieren. Arbeit hat er bislang keine gefunden. Also geht er am 6. März in der Hoffnung auf Unterstützung zur GAQ (gesonderte Stelle für Jugendliche und junge Erwachsene). Diese gibt ihm einen Antrag für Alg II und einen Abgabetermin für diesen, den 4. April. Was noch eine lange Zeit ist, wenn man nicht weiß, wo man morgen was zu essen herbekommen soll.

Ein Sachbearbeiter für alle

Doch der einzige Sachbearbeiter für Leistungen für die gesamte Jugend bis 22 (!) kann den Termin beim besten Willen nicht vorziehen, schickt ihn aber wohlwollend zu RAN/WIWA. Dort kann man in dieser Situation aber auch nichts machen, außer ihm den gut gemeinten Ratschlag zu geben, sich beim CVJM zu melden und sich schon mal dort einzumieten, bis der Antrag bewilligt ist. Denn der CVJM hätte für solche Situationen Verständnis. Dort hätte er ein Dach über dem Kopf und drei warme Mahlzeiten.

Doch ab 1. Juli sollte ein Gesetz in Kraft treten, welches Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 nur noch in Ausnahmefällen eine eigene Unterkunft bewilligt. Was außerdem schon seit fast einem Jahr so gehandhabt wird. Was sind denn nun Ausnahmefälle? Willkür des einzelnen Sachbearbeiters? Keiner kann es ihm so richtig erklären. Im Übrigen wurde dieses Gesetz schon auf den 17. Februar vorgezogen.

Auf Grund dieser Information mietet Andreas sich lieber nicht beim CVJM ein, denn wer weiß, ob man ihm dann eine Unterkunft bewilligen würde oder ob er dann später auf

den Mietkosten sitzen bliebe.

Er weiß sich keinen anderen Rat mehr, als direkt zur Geschäftsführung der ARGE zu gehen. Und trifft auf die Sekretärin, der er seine Situation schildert. Woraufhin diese sich kurz mit Herrn Grimminger abspricht und Andreas mitteilt, er solle am nächsten Tag in das Notfallbüro der Leistungsabteilung gehen. Falls es dort dann noch zu Problemen komme, solle er sich wieder bei ihr melden.

Nach wieder einem Tag, den Andreas sich gedulden muss, gibt ihm die Sachbearbeiterin dieses Notfallbüros jedoch die Auskunft, dass ihm sowieso keine Leistungen der ARGE zustehen würden, da er keinen festen Wohnsitz besäße, und verweist auf die Wohnungslosenbetreuung der Diakonie. Er betont darauf noch mal, dass er einen Wohnsitz und eine Postadresse besitzt, sich bloß auf Grund familiärer Konflikte dort nicht aufhalten kann. Und fragt, was denn jetzt diese besonderen Ausnahmefälle des neuen Gesetzes wären, wenn nicht seiner? Und ob sie einen 19-Jährigen jetzt gewissenhaft in die Obdachlosigkeit schicken wolle, anstatt seinen Antrag zu bearbeiten?

Daraufhin gibt sie ihm einen vorgezogenen Termin für den 23. März, betont aber nochmals, dass er sowieso keinen Anspruch auf Alg II hätte.

Mit 19 obdachlos?

Nach diesem enttäuschenden Gespräch geht Andreas wieder zur Geschäftsführung, die heute aber geschlossen in einer Pressekonferenz ist. Durch Zufall trifft er kurz auf Herrn Grimminger, der aber auch keine Zeit hat und ihn an Herrn Schwarz verweist. Dieser bestätigt die Aussage der Sachbearbeiterin des Notfallbüros und verweist ebenfalls auf die Diakonie. Andreas weiß nicht mehr, an wen er sich noch wenden kann, und entschließt sich dazu, das Sozialgericht einzuschalten. Holt sich aber trotzdem einen Termin bei der Diakonie, auch wenn er eigentlich nicht vorhatte, sich mit 19 im Obdachlosenheim zu melden!

Und auch die Mitarbeiter der Diakonie sind sich am nächsten Tag nicht sicher, ob er

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

nun als obdachlos gilt oder nicht, und rufen erstmal bei der GAQ an...

In der Zwischenzeit jedoch hat sich das Sozialgericht schneller als erwartet gemeldet und Andreas telefonisch mitgeteilt, dass er definitiv nicht als obdachlos gelte!

Womit sich das mit dem Diakonischen Werk wohl erledigt haben sollte.

Bei der GAQ wird sein Antrag jetzt plötzlich doch vor dem 4. April angenommen und endlich mit einer Nummer versehen, mit dem er angeblich nur noch zum Arbeitsamt zu gehen braucht...

Stellung beziehen

Aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt... denn er bekommt noch in derselben Stunde einen Anruf von der Widerspruchsstelle der ARGE, von der er gebeten wird, Stellung zu dem Vorfall der vergangenen Wochen zu nehmen.

Er geht hin, und es scheint, als wolle man sich nicht mit der Aussage des Sozialgerichtes abfinden, denn man sagt ihm, wenn er keine Schwierigkeiten mit der Durchsetzung seines Antrages haben wolle, solle er einfach sagen, dass er sich bei seiner Wohnadresse, also im Hause seines Stiefvaters aufhält und dort auch überwiegend schläft... Warum, wird dieses ominöse Amt wohl am besten wissen... Letztendlich fragt man ihn noch, ob er seine Beschwerde beim Sozialgericht nicht zurücknehmen wolle, weil es doch nur mit unnötigem Stress verbunden wäre, wenn er sie aufrechterhalten würde. (Stress für wen? Für die ARGE?)

Er willigt zwar ein, jedoch unter dem Vorbehalt, dass man seinen Antrag nun endlich nicht nur mit Nummern versieht, sondern jetzt auch bearbeitet. In beiderseitigem Einverständnis verlässt er mit einem neuen Termin und neuer Hoffnung das Amt.

Wo schlafen, was essen?

Diese Hoffnung sollte aber gleich wieder zerstört werden, denn als er am folgenden Tag mal wieder in der Leistungsabteilung der ARGE erscheint, will man seinen Antrag auch diesmal nicht annehmen...

Die linke Hand weiß dort wohl nicht, was die rechte tut. Kurz darauf findet er sich wieder in der Widerspruchsstelle ein, wo man den Antrag nun annimmt und ihm verspricht, sich darum zu kümmern...

Wieder geht Andreas ohne Erfolg aus dem Arbeitsamt. Ohne zu wissen, wo er heute schlafen wird, ohne zu wissen, wo er heute was zu essen herbekommt...

Irgendwie erinnert Andreas' Geschichte an den Film, in dem Asterix und Obelix sich in einem römischen Amt vergeblich auf die Suche nach Passierschein A38 machen (natürlich dem grünen und nicht dem gelben)... □

Jonathan  Naturkost

Ab in die Kiste!

Praktisch, gesund und lecker: Die Abo-Kiste -
Obst und Gemüse jeden Mittwoch
direkt an die Haustür

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Grüne Welle

Auch das Busbeschleunigungsprogramm macht das Busfahren nicht nennenswert attraktiver

(noa) Etwas vergrätzt sind die BusfahrerInnen Wilhelmshavens über den Artikel "Bus fährt – Personenwagen steht" in der "WZ" vom 16. März. Der Betriebsleiter der Stadtwerke, die den Busverkehr in Wilhelmshaven betreiben, habe erklärt, die langen Rotphasen für PKW als Folge der Ampelbeeinflussung durch die Busse gingen auf "Fehler durch 'menschliches Versagen'" zurück, hieß es da.

Wie bitte? Fummeln die Busfahrer etwa an ihren Geräten rum, um die Standzeiten der Autofahrer an der Ampel zu verlängern? Nein, sagt uns Gerold Ahlers, da seien seine Worte im Bericht über die Sitzung des Bauausschusses falsch wiedergegeben worden. Tatsächlich habe er von "menschlicher Unzulänglichkeit" gesprochen und damit gemeint, im Stress des Jobs könne es schon mal passieren, dass ein Busfahrer vergisst, vor Antritt der Fahrt die Buslinie und die Fahrtrichtung einzugeben, und dann springt nach der Passage des Busses die Ampelschaltung nicht sofort in den normalen Rhythmus zurück, sondern es dauert länger.

Auf einigen Strecken gibt es jetzt also das "Busbeschleunigungsprogramm" durch die Ampelbeeinflussung. Das könnte die Attraktivität des Busfahrens erhöhen. Vor knapp zwei Jahren fragten wir uns anlässlich der neuen Fahrplangestaltung: "Lohnt sich das Umsteigen?" (GW 200) Jetzt, da auf einem Teil der Buslinien die Fahrt erheblich zügiger geworden ist, könnte man diese Frage schon eher bejahen, vor allem, wenn man dem Busfahren das Autofahren durch die Gökerstraße gegenüberstellt. Da kann es einem neuerdings schon passieren, dass man aus Richtung Süden kommend in Höhe des Marinearsenals die rote Ampel an der Korte-Kreuzung sieht, ein paar Meter später erlebt, wie sie auf Grün umspringt und sich schon freut, es aber doch nicht schafft, da nur der Wagen vor einem durchkommt und dann von links ein Bus passiert; dass man dann halt an der roten Ampel steht und beim

nächsten Grün nur 100 Meter weit kommt, weil an der nächsten Ampel auch gerade ein "beschleunigter" Bus, diesmal von rechts, die Ampel beeinflusst hat. Doch wenn man das ein paar Mal erlebt hat, tüfelt man sich einfach eine andere Strecke zu den häufig angesteuerten Zielen aus und umgeht so den innerstädtischen "Stop and Go"-Frust. Das Umsteigen lohnt sich für die meisten Leute in Wilhelmshaven eben immer noch nicht, und das liegt, um die Worte eines Wilhelmshaver Busfahrers zu benutzen, am "fehlenden politischen Willen" zum ÖPNV.

"Wenn Kühe ihre Kälber melken", so nannten wir in der Ausgabe 201 im Artikel "Frust und Geblubber" das Bestreben der Stadt, den Busverkehr aus den roten Zahlen zu holen und sogar 2 Mio. Euro jährlich aus ihm rauszuholen. Es wird wohl kaum eine Stadt geben, in der der ÖPNV kostendeckend oder gar profitabel ist. Doch als ein Teil der Daseinsvorsorge muss es ihn geben, und die Attraktivität einer Stadt ist u.a. eben auch davon abhängig, ob man ohne Auto einigermaßen günstig von einem Ort zum anderen kommt. Und davon sind wir in Wilhelmshaven immer noch weit entfernt. So schrieb vor einigen Wochen eine besorgte Mutter in einem Leserbrief, dass ihre beiden Töchter öfter mal zu Fuß von der Schule nach Hause müssen, weil der Bus hoffnungslos überfüllt ist und kein zweiter zur Verfügung steht. Und ein Schüler erzählt uns, dass ältere Leute an der Bushaltestelle auf den nächsten Bus warten, weil sie eh keinen Sitzplatz kriegen würden – er persönlich verstehe die Sorge der älteren Leute jedoch nicht, denn auch wenn man vor Schulbeginn und nach Schulschluss im Bus stehe, könne man unmöglich umfallen.(!) Da wird an der falschen Stelle gespart.

Gespart wird auch beim Personal. Die Fahrbetriebsgesellschaft, von der wir im o.a. Artikel berichtet haben, hat mittlerweile 18 Beschäftigte. Diese tun die gleiche Arbeit wie ihre 36 Kollegen, die noch Angestellte der Stadtwerke sind, aber zum halben Lohn. Und eine Busfahrerstelle ist sogar noch billiger: Drei Rentner, 65 bis 72 Jahre alt, mit je einem 400 Euro-Job teilen sich diese Stelle.

Während das Personal billiger wird, muss es mehr leisten. Klar, das Busbeschleunigungsprogramm ist auch für die Fahrer angenehm. Nicht mehr an roten Ampeln anhalten zu müssen, reduziert den Stress dieses sehr anstrengenden Berufes. Doch während der Fahrt Fahrkarten zu verkaufen – was verboten, aufgrund der Fahrplanzeiten aber oft unumgänglich ist – oder auf die Pause nach 4½ Stunden zu verzichten – was ebenfalls gesetzwidrig ist, aber doch immer mal wieder vorkommt – macht Stress.

Auch der Betriebsleiter, Herr Ahlers, weiß das. Er sagt uns, dass es nicht vorkommen darf, dass während der Fahrt Fahrkarten ver-

kauft werden oder dass ein Fahrer seine vorgeschriebene Pause nicht bekommt, und auf die Vorhaltung, dass Fahrer aber berichten, dass so etwas passiert, wiederholt er, dass es nicht vorkommen darf. Und der Krankenstand, nach Auskunft von Busfahrern etwa 20 %, sei so hoch im Moment nicht.

Auch die Einschätzung, dass ein ÖPNV keine Überschüsse erwirtschaften kann und dennoch vorgehalten werden muss, findet Herrn Ahlers Zustimmung. Warum er dann im Bauausschuss für das Busbeschleunigungsprogramm mit der Einsparung von bis zu zehn Fahrerstunden täglich und damit bis zu 70.000 Euro jährlich geworben hat? Nun, das Land bezuschusst das Ampelbeeinflussungsprogramm mit 200.000 Euro. Da muss man halt zeigen, dass diese Investition sich lohnt.

Zehn Fahrerstunden täglich, das ist mehr als eine Stelle. Doch das bedeutet nicht, so Gerold Ahlers, dass ein Fahrer entlassen wird. "Wir haben viele Überstunden. Die können dann reduziert werden." - Wie die vielen Überstunden wohl zustande kommen, wenn der Krankenstand niedrig ist? ☐



Hurra,

am 1. März 2006 haben wir
Verstärkung bekommen durch

Annette & Rainer

Unser neuer Mitstreiter

heißt **Jan Henrik,**

ist 52 cm groß und 3500 g schwer.

Wir freuen uns auf die weitere
Zusammenarbeit und wünschen
den Dreien alles Gute

GREENPEACE

Gruppe Wilhelmshaven

KULTUR - KOMMUNIKATION



HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag **GLOOMY FRIDAY**
7.4. FBM-80's DarkWave & Gothic Night

Oster-Sonntag, 16. April 21 Uhr
MAXIMUM Rock-Pop-Punk-Emo



The Peers
ANY DAY NOW
LAST FLOOR RIGHT

30. April SKA'n den Mai!



DASKARTELL

21 Uhr

12. Mai **MONKEEMAN**

www.kling-klang-whv.de

Neue Tradition

„Man kann also hoffen, dass es vielleicht im nächsten Jahr eine ähnliche Veranstaltung – dann in Hannover – geben wird und dass damit eine neue Tradition begründet wird“, so schlossen wir in der Ausgabe 206 vom März 2005 den Artikel „Platz 2 für Wilhelmshaven“ über ein Fußballturnier der etwas anderen Art. Teams aus Tages- und Begegnungsstätten für psychisch Kranke in ganz Niedersachsen hatten sich in Oldenburg zu einem Hallenfußballturnier getroffen und neben dem sportlichen Wettkampf eine Menge Spaß gehabt. Die Tagesstätte Balance aus Hannover hatte damals den Sieg davongetragen und hat für den 18. März die Organisation für das 2. Turnier übernommen.

Neben dem Team aus Hannover waren diesmal Mannschaften aus Syke, Quakenbrück, Emden, Göttingen, Leer, Gifhorn, Diepholz, Cloppenburg, Braunschweig und Oldenburg dabei. Auch Wilhelmshaven schickte wie im Vorjahr eine bunt gemischte Truppe aus Spielern der GPS-Tagesstätte, des Sozialpsychiatrischen Dienstes und der Freien Sozialen Dienste Friesland ins Rennen. Verletzungs- und krankheitsbedingt konnte allerdings nur ein Rumpfteam mit gerade mal der Mindest-

zahl von sechs Spielern nach Hannover reisen, was die Aufgabe, den 2. Platz vom vorigen Jahr zu verteidigen, erheblich erschwerte, obwohl zwei Zuschauer zur lautstarken moralischen Unterstützung mitgekommen waren.

Die Vorrunde wurde wieder in vier Gruppen mit je drei bzw. vier Mannschaften ausgetragen. Die jeweiligen Gruppenersten und –zweiten spielten dann allerdings nicht im Play-off-System die Platzierungen aus, sondern wurden in einer Zwischenrunde in zwei neue Gruppen aufgeteilt. Die Erstplatzierten aus diesen beiden Gruppen bestritten dann das Endspiel, die Gruppenzweiten das Spiel um den 3. und 4. Platz. Die Gruppendritten und –vierten aus der Vorrunde spielten nach dem gleichen Prinzip die Platzierungen der unteren Ränge aus. Dieses System hatte den Charme, dass keine der angereisten Mannschaften nach der Vorrunde zum Zuschauen verdammt war – wenn es auch etwas dauerte, bis alle es verstanden hatten...

Die Wilhelmshavener starteten in der Vorrunde in einer Dreiergruppe und schafften mit einem Unentschieden und einem Sieg (bei dem Minimalaufwand von einem geschossenen Tor) die Qualifikation für die Zwischen-

runde. Hier trafen sie im ersten Spiel auf den mit Abstand stärksten Gegner (und späteren Turniersieger) aus Gifhorn und wurden mit 0:5 besiegt. Trotz dieser „vernichtenden“ Niederlage berappelten die Wilhelmshavener sich wieder, schafften im zweiten Spiel gegen das RPK-Team aus Oldenburg ein 1:1 und danach sogar ein 2:0 gegen Braunschweig. Sie erreichten damit noch den zweiten Tabellenplatz und spielten deshalb im „kleinen Finale“ gegen den Tabellenzweiten der anderen Zwischenrundengruppe. Das war der Turniersieger des letzten Jahres, die Tagesstätte Balance aus Hannover, die das Spiel mit 1:0 für sich entscheiden konnte, so dass Wilhelmshaven diesmal am Ende auf Platz 4 landete. Wie schon im vorigen Jahr ging es bei dem ganzen Turnier ebenso sehr um den Spaß am Sport wie ums Gewinnen. Zwischen Wilhelmshaven und Gifhorn, die sich ein ehrgeiziges Spiel geliefert hatte, entstand danach dennoch eine „Anfeuerungsallianz“. Und jedes Team bekam bei der Siegerehrung einen Pokal. So hat es sich für alle gelohnt, dabei gewesen zu sein, und man darf sich schon auf das nächste Turnier – dann in Gifhorn – freuen. (ah/noa)

leserbrief

Hat die WASG noch eine Chance?

- eine Frage, die sich viele Funktionäre, Mitglieder, Sympathisanten und Beobachter dieser jungen Partei stellen. Der „normale“ Wähler wird dieses Problem mehrheitlich nicht sehen. Er nimmt die WASG nach dem Wahlerfolg ihres Wahlbündnisses mit der in „Linkspartei“ umbenannten PDS kaum wahr. Wenn Berichte in der bürgerlichen Presse erscheinen, geht es oft nur um die Probleme rund um die bis 2007 geplante Fusion.

Gehen wir einmal ein Jahr zurück: In der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit finden sich sozial Engagierte, Mitglieder aus sozialen Bewegungen, Globalisierungsgegner, Christen, Gewerkschaftler, enttäuschte Grüne und Sozialdemokraten, Vertreter der „linken“ Intellektuellen und unterschiedlicher linker Gruppierungen bis zu politisch bisher wenig Aktiven und zum Teil Betroffenen zu der Parteigründung zusammen. Einigkeit besteht in der Ablehnung der herrschenden neoliberalen Politik, unter anderem der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze. Auch verbinden alle eine pazifistische Grundhaltung, der Wille zu einem basisdemokratischen Organisationsaufbau und ökologische Grundsätze. Ausgeklammert bleiben die sonst in der Linken übliche grundlegende Gesellschaftskritik und eine Aussage über die anzustrebende künftige Gesellschafts- oder Wirtschaftsform. Die PDS ist ihnen keine entsprechende Alternative. Vorrangige Ziele sind eine Oppositionspolitik, die außerparlamentarische Aktivitäten unterstützt, und die Rückkehr zum Sozialstaat.

Kaum gegründet, ohne finanzielle Ausstattung und mit großem Mitgliederzulauf steht die WASG schon wenige Monate später vor der Aufgabe der vorgezogenen Bundestagswahl. Dann kommt Oskar, der, ohne dass er bis dahin an diesem Projekt mitgearbeitet hat, die neue Partei an die Hand nimmt und

sie mit einer Urabstimmung nicht nur in ein Wahlbündnis, sondern auch in einen Parteibildungsprozess mit der PDS führt. Die PDS musste nicht viel dazu tun. Es reichte, sich in „Linkspartei“ umzubenennen. Dies geschieht auch auf Druck vieler WASGler und erweist sich m.E. jetzt als Glücksgriff für die PDS. Was waren die Gründe für die PDS, dieses Angebot anzunehmen? Ich möchte Antworten nicht abschließend oder mit dem Anspruch auf Vollständigkeit in Frageform darstellen. Nützt oder schadet der PDS eine neue Partei zwischen SPD/Grünen und ihr?

Bestand die Gefahr, wieder nicht in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen? Musste sie ihre Programmatik oder Regierungsbeteiligung dafür in Frage stellen? Drei Probleme hat die WASG durch die Urabstimmung heute in jedem Fall mehr:

Erstens hat sie ohne ein eigenes gefestigtes pragmatisches Profil auch keine Medienöffentlichkeit mehr. Der bisher große Mitgliederzuwachs bleibt jetzt aus. Zweitens hat die Linkspartei ihr nahe stehende Personen in der WASG von der Doppelmitgliedschaft überzeugt. Eigentlich war dies nur als Instrument in der Gründungsphase für Vertreter vieler linker Gruppen gedacht und wurde dann im Wahlkampf zur Sicherung der Wahlteilnahme genutzt. Im schwierigen Parteibildungsprozess scheint dies jedoch absolut kontraproduktiv, fördert es die großen Vorbehalte der meisten WASGler gegenüber der Verhandlungsbereitschaft und notwendigen Änderungsbereitschaft der Linkspartei. Drittens haben sich während und nach der Wahl auch bei der WASG nicht nur glaubwürdige Vertreter engagiert. Einige Karrieristen haben sich in den Vordergrund gedrängt, die ihren politischen Standpunkt nach den Erfolgsaussichten und erzielten Ergebnissen ausrichten und wechseln. Der daraus folgende Richtungskampf oder die Zerreißprobe, die in sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien üblich sind, kann man jetzt in der WASG, z.B. auch in Niedersachsen, beobachten. Alle Mittel, alten Linken bekannte undemokratische und auch

moderne wie Massenmails mit beschimpfendem Inhalt, werden genutzt. Viele Mitglieder verlassen nun aus den vorgenannten Gründen und wegen der fehlenden pragmatischen Diskussion frustriert die WASG. Und zu allem Überflus drängen Bundesvorstand und die meisten führenden Vertreter der WASG auf eine schnelle Fusion, ohne aber den Diskussionsprozess einzuleiten. Die Linkspartei versucht gleichzeitig überall, wo es möglich erscheint, zu nächsten Wahlen unter eigener Flagge anzutreten. Sie will das Heft in der Hand behalten. Wie kann sich die WASG aus diesem Bermuda-Dreieck retten? Der Ruf nach einem breiten linken Bündnis unter Einbeziehung aller Linken oder sozial engagierten politischen Einzelpersonen oder Gruppierungen erscheint mir, ohne eigenes pragmatisches Profil, eher als Zeichen der Hilflosigkeit. Interessierte Einzelpersonen werden bei der derzeitigen Lage erst den weiteren Verlauf dieses Parteibildungsprozesses abwarten, und andere, z.B. Attac-Aktivist*innen, wollen wohl kaum ihre ganze Gruppe in die Partei einbringen. Sie wollen/sollten doch wohl mit außerparlamentarischen Aktivitäten die Stimmung im Land ändern und so auf alle Parteien verändernd bzw. fördernd wirken. Erfolgreiche kommunale Wählergemeinschaften/Initiativen sind sicher ein Anfang für ein breites linkes Bündnis. Sie werden nicht von Parteien dominiert, besonders nicht in Wilhelmshaven, Friesland und Wittmund.

Und wir – die Mitglieder der WASG – müssen endlich nicht nur sagen, was wir wollen, sondern diskutieren und postulieren, was wir wollen. Dann hat eine eigenständige WASG eine Zukunft. Und schaffen wir es dann auch noch, mit der Linkspartei eine gemeinsame Partei zu gründen, in der sich viele wiederfinden können, hat auch eine breite Linke eine Zukunft. Ein Kampf untereinander gibt den Rechtsradikalen neue Chancen, und das müssen wir, ob in zwei Parteien oder in einer, in jedem Fall verhindern!

Dirk Metzner
Mederns 19
26434 Wangeroog